



96/2006

Kiel, 26. Juni 2006

Vorschau auf die Landtagssitzung: Aktuelle Stunde zur Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs

Kiel (SHL) – *Zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause kommt der Landtag am Mittwoch, 28. Juni 2006, ab 10:00 Uhr zusammen. Bis zum Freitag Abend sind gut 50 Tagesordnungspunkte zu beraten. Zum Auftakt diskutiert das Parlament auf Antrag der GRÜNEN über die Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs.*

Im Rahmen einer **Aktuellen Stunde** will die Oppositionspartei von der Regierung zu dem wissen, welche Maßnahmen zur Kompensation der Kürzung geplant sind. Danach geht es auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um das **Ausbildungsangebot für SchulabgängerInnen** (Drs. 16/851). Sie fordern die Landesregierung auf, sich für eine bessere Ausbildungsplatzsituation im Lande einzusetzen. So soll jeder Schulabgänger entweder eine Lehrstelle oder ein Qualifizierungsangebot erhalten. Hintergrund sind verschiedene Warnrufe vor einem Lehrstellenmangel in diesem Jahr. Nach Prognosen der Bundesagentur für Arbeit zum Beispiel werden bis zum Lehrjahresbeginn am 30. September bundesweit etwa 31.000 Lehrstellen fehlen.

In Erster Lesung berät das Parlament anschließend über einen **Gesetzentwurf zum Staatsvertrag über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein (Medienstaatsvertrag HSH)** (Drs. 16/820). Diesen Staatsvertrag legt die Landesregierung dem Landtag zur Ratifizierung vor. Ziel ist die Einrichtung einer gemeinsamen „Medienanstalt HSH“. Die beiden Regierungschefs Peter Harry Carstensen und Ole von Beust haben das Papier Mitte Juni in Hamburg unterzeichnet. Die neue Einrichtung soll an die Stelle der bisherigen schleswig-holsteinischen Unabhängigen Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien (ULR) und der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM) treten und ihren Sitz in Norderstedt haben. Das Inkrafttreten des Medienstaatsvertrages ist für den 1. März 2007 vorgesehen. Mit diesem Datum soll die Medienanstalt HSH ihre Arbeit aufnehmen.

Aufgrund dieser Entwicklung wird es erforderlich, den Offenen Kanal Schleswig-Holstein zu verselbständigen. Ohne Aussprache erfolgt daher anschließend die Erste Lesung des **Geszentwurfs über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen rechts „Offener Kanal Kiel“ (OK-Gesetz)** (Drs. 16/838).

Am Nachmittag geht es dann zunächst um den **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten für 2005** (Drs. 16/760). Dem Bericht zufolge bewegte sich die Zahl der im Vorjahr an die Bürgerbeauftragte gerichteten Eingaben auf gleich hohem Niveau wie 2004. Im Berichtszeitraum wurden von der Beauftragten und ihren acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insgesamt 2.997 Eingaben bearbeitet. Der Schwerpunkt der Petitionen hat sich auffallend verschoben: Mit 852 Eingaben stand die größte Zahl der Petitionen im Zusammenhang mit dem am Jahresanfang 2005 eingeführten sog. Hartz IV-Gesetz (29,47 Prozent). Die Bereiche Gesetzliche Kranken und Rentenversicherung sowie Behinderten- und Schwerbehindertenrecht folgten mit insgesamt 777 Eingaben (26,63 Prozent).

Auf Antrag der Koalition berichtet die Landesregierung anschließend über das Thema **barrierefreies Fernsehen** (Drs. 16/773) – also Programme mit besonderem Service für Hör- und Sehgeschädigte. Der im Sozialministerium angesiedelte Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Dr. Ulrich Hase, erklärt, dass im öffentlich-rechtlichen Fernsehen weniger als ein Prozent aller Sendungen mit Audiobeschreibung, also gesprochenem Begleittext für Sehbehinderte, ausgestrahlt werden. In Deutschland leben laut Statistik der "Aktion barrierefreies Fernsehen" rund 1,2 Millionen hochgradig schwerhörige und gehörlose Menschen und mehr als zwei Millionen blinde und sehbehinderte Menschen.

Vier **Tätigkeitsberichte des Petitionsausschusses** werden dann dem Parlament durch den Ausschussvorsitzenden Detlef Buder (SPD) vorgelegt. (Drs. 16/856, -857, -858, -859)

Nächstes Thema ist die **Teilprivatisierung und der Börsengang der HSH Nordbank AG** (Drs. 16/854). Grundlage der Beratung ist ein Antrag der FDP-Fraktion. Damit reagieren die Liberalen auf bekannt gewordene Verkaufsabsichten der WestLB, einer Anteilseignerin der Nordbank. Die HSH Nordbank ist im Juni 2003 aus der Fusion der Landesbanken von Schleswig-Holstein und Hamburg hervorgegangen. Das Unternehmen mit Sitz in Kiel und Hamburg hat rund 4.500 Mitarbeiter und weist eine Bilanzsumme von rund 180 Milliarden Euro auf. Anteilseigner sind neben dem Land Schleswig-Holstein (20,02 Prozent) und dem Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein (18,02 Prozent) das Land Hamburg (35,38 Prozent) sowie die West LB Beteiligungsholding aus Düsseldorf (26,58 Prozent).

Danach geht es um die **Lage und Entwicklung der schleswig-holsteinischen Steuerverwaltung** (Drs. 16/824). In ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der FDP nimmt die Landesregierung dazu Stellung. Aus dem Regierungspapier geht hervor, dass im Lande bei der letzten Personalbedarfsrechnung der Finanzämter zum Stichtag 31. Dezember 2003 insgesamt 442 Stellen nicht besetzt waren. Der Bedarf betrug 4.275 Stellen, es waren jedoch nur 3.833 Mitarbeiter tätig. Das Finanzministerium erklärt diesen Unterschied mit der „angespannten Haushaltslage“. Damit lag Schleswig-Holstein mit 1,27 Finanz-Mitarbeiter pro 1.000 Einwohner unter dem Bun-

desdurchschnitt von 1,30. Spitzenreiter unter den Ländern ist Berlin mit 1,91 Mitarbeitern, Schlusslicht ist Bayern mit 1,12.

Letztes Thema am Mittwoch ist die Erste Lesung des **Gesetzes zur Verweigerung der Zulassung von Fahrzeugen bei Gebührenrückständen – ZuIVG** – (Drs. 16/822). Demnach sollen die Zulassungsstellen künftig verlangen können, dass zunächst die aus anderen Zulassungsvorgängen resultierenden Rückstände bezahlt werden, bevor ein weiteres Kraftfahrzeug zugelassen wird. Das Wirtschaftsministerium begründet den Schritt mit „erheblichen Außenständen“ bei den kommunalen Kfz-Zulassungsbehörden an nicht gezahlten Gebühren und Vollstreckungskosten und dem damit zusammenhängenden Verwaltungsaufwand. Die Rückstände betragen im Jahr 2004 nach Regierungsangaben rund 850.000 Euro.

Am **Donnerstag, 29. Juni 2006**, ist die **Familienpolitik** das erste Thema im Landtag. Auf der Basis zweier Anträge der FDP sowie der schwarz-roten Koalition berichtet die Landesregierung über die Schwerpunkte ihrer Familienpolitik (Drs. 16/771). Ein entscheidendes Kriterium für die Landesregierung ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Bericht betont, dass jede dritte Frau in Deutschland kinderlos bleibt, und dass dieser Anteil mit der Qualität der Berufsausbildung ansteigt. Deswegen, so das Sozialministerium, sei ein Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen wichtig. Derzeit gibt es im Lande 93.600 Kita-Plätze in 1.635 Einrichtungen. Damit hat sich die Zahl der Kindergartenplätze gegenüber 1988 mehr als verdoppelt. 293 Schulen sind als Ganztagschulen anerkannt. 2002 waren es lediglich 22. Ein konkretes Ergebnis hat der FDP-Antrag erbracht: „Mit sofortiger Wirkung“ will die Regierung eine von den Liberalen angemahnte Familienverträglichkeitsprüfung einführen. Künftig soll jedes Ministerium seine Vorlagen im Vorhinein darauf abklopfen, ob sie die Lebensbedingungen von Familien verbessern oder nicht.

Vorfahrt für Kinder heißt es danach, wenn die Landesregierung auf der Grundlage eines Antrages der GRÜNEN über die Möglichkeit kostenloser Kinderbetreuung berichtet (Drs. 16/828). Die Landesregierung verweist darauf, dass sie derzeit jährlich mit 60 Millionen Euro an den Kosten der Kindertagesbetreuung beteiligt ist. In der Altersgruppe der Kinder unter drei Jahren werden in den kommenden drei Jahren nach Angaben der Kreise und kreisfreien Städte ca. 690 Plätze zusätzlich benötigt. Für die Altersgruppe von drei bis sechs Jahren besteht derzeit ein bedarfsgerechtes Angebot. Einzig der Kreis Dithmarschen konnte dazu noch keine genauen Angaben machen. Wenn das Kindergartenjahr vor Schuleintritt ohne Elternbeiträge finanziert würde, müsste das Land nach Regierungsangaben ca. 26 Millionen Euro pro Jahr dafür aufbringen.

Danach steht eine Erste Lesung auf der Tagesordnung: Die Landesregierung will das Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) in Kiel in eine Stiftung des Öffentlichen Rechts umwandeln, die **Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften“** (Drs. 16/863). Ein entsprechender Gesetzentwurf des Wissenschaftsministeriums sieht dies vor, ebenso wie ähnliche Vorhaben in Bezug auf das Institut für Weltwirtschaft in Kiel und die Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, die als Abteilung innerhalb des Weltwirtschaftsinstituts fungiert (Drs. 16/864, 865).

Danach soll die Landesregierung auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über den Stand des Landesprogramms **Zukunftsprogramm Wirtschaft** für die Förderperiode 2007 – 2013 berichten (Drs. 16/845). Zur Finanzierung dieses Programms werden neben den Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) Gelder der 'Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur' sowie Landesgelder eingesetzt. Entsprechend der neuen europäischen Förderperiode wird das Zukunftsprogramm Wirtschaft für die Jahre 2007 bis 2013 erstellt.

Am **Nachmittag** geht es dann auf Antrag der FDP zunächst um das **Potenzial des Jagel Airport** (Drs. 16/867). Hintergrund: Das Konzept für die zivile Nutzung von Teilen des Militärflugplatzes bei Schleswig haben die Betreiber in der Vorwoche der Öffentlichkeit vorgestellt. Demnach soll der geplante „Airport Jagel“ genügend Passagiere anziehen, um erfolgreich zu sein. Auch sei die Finanzierung in Höhe von 51 Millionen Euro gesichert. Hierzu lägen Absichtserklärungen von zwei Investoren vor, teilte die Jagel Airport GmbH & Co. KG mit. Die Eröffnung des Terminals sei Mitte 2008 vorgesehen. Nach Betreiberangaben werden nun die Schritte für das Lärm-schutzgutachten und die Genehmigungsverfahren eingeleitet. Mit der Unterzeichnung des endgültigen Mitbenutzungsvertrages mit der Bundeswehr sei im Herbst dieses Jahres zu rechnen. Der Flugplatz ist Stützpunkt des Aufklärungsgeschwaders 51 der Luftwaffe. Die zivile Mitnutzung ist seit 2003 geplant.

Der **Fluglärm in der Umgebung des Hamburger Airport** ist das nächste Thema: Die FDP fordert die Landesregierung und die Betreiber des Hamburger Flughafens Fuhlsbüttel auf, sich für eine Reduzierung des Fluglärms im Umfeld der östlichen Startbahn 33/15 einzusetzen (Drs. 16/849). Hier starten und landen die Jets über Teile des schleswig-holsteinischen Kreises Pinneberg. Dies soll nach Auffassung der Liberalen durch eine andere Verteilung der Starts und Landungen erreicht werden. So seien im Vorjahr 46,4 Prozent der Flugbewegungen über Runway 33/15 gelaufen, jedoch nur 1,7 Prozent über die Schneise Alsterdorf. Außerdem regt die Oppositionsfraktion den Bau von Schallschutzmauern und mehr Mitspracherechte für die Kommunen im Rahmen des von der Bundesregierung eingebrachten Fluglärmgesetzes an.

Der nächste Punkt: In Kappeln ist ein **barrierefreies Paralympic-, Tourismus-, Sport- und Freizeitzentrum** geplant. Dieses Projekt soll von der Landesregierung unterstützt werden, so fordert es die FDP-Fraktion in einem Antrag an den Landtag (Drs. 16/853). Geplant wird das Zentrum von der Projektentwicklungsgesellschaft Kappeln (PEG Kappeln). Sie hat sich in Zusammenarbeit mit der holländischen Gesellschaft ConeGroup zum Ziel gesetzt, auf dem ca. 26,6 ha großen Gelände der ehemaligen Marinewaffenschule in Kappeln-Ellenberg das barrierefreie Paralympic-Zentrum zu verwirklichen.

Nächstes Thema ist die **Nutzung des EU-Programms Marco Polo II**: Das am 1. Januar 2007 startende europäische Förderprogramm soll von der schleswig-holsteinischen Landesregierung verkehrs- und wirtschaftspolitisch für Umsteuerungen im Lande genutzt werden – das fordern die GRÜNEN in einem Antrag an den Landtag (Drs. 16/861). Ziel des Programms ist es, den Zuwachs des internationalen Straßengüterverkehrs auf alternative Verkehrsträger zu verlagern und möglichst zu

verringern. Nach Angaben des Europäischen Parlamentes wird der Straßengüterverkehr ohne entschiedene Gegenmaßnahmen in Europa bis 2013 um ca. 60% zunehmen. Die Folgen wären unter anderem zusätzliche Kosten für Straßeninfrastrukturen, Verkehrsunfälle, Staus und Umweltschäden. Das Programm "Marco Polo II" versucht hier gegenzusteuern.

Danach geht es um Sozialpolitik: Die GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, sich bei der Bundesrats-Beratung über das vom Bundestag beschlossene „Hartz IV-Fortentwicklungsgesetz“ gegen eine Reihe von Verschärfungen der Arbeitsmarktreform auszusprechen (Drs. 16/848). Die Oppositionspartei kritisiert insbesondere die Umkehr der Beweislast bei der finanziellen Förderung von Lebensgemeinschaften sowie die weit reichenden Leistungskürzungen für Arbeitslose, die den Auflagen der Arbeitsagenturen und Jobcenter nicht nachkommen. Statt dieser Maßnahmen sprechen sich die GRÜNEN für eine „angemessene Balance zwischen dem Fördern und dem Fordern“ aus.

Letztes Thema am Donnerstag ist das **Parlamentsforum Südliche Ostsee**. Auf Antrag aller Fraktionen und des SSW im Landtag (Drs. 16/843) berichtet Landtagspräsident Martin Kayenburg über die Ergebnisse der IV. Konferenz des Parlamentsforums Südliche Ostsee, die Ende Mai im Kieler Landeshaus stattgefunden hat.

In einer gemeinsamen Resolution (Drs. 16/844) haben die im Parlamentsforum organisierten Regionalparlamente Deutschlands, Polens und Schwedens mit Blick auf die EU-Meerespolitik ihren gemeinsamen Kurs für die Ostseeregion abgesteckt. Darin fordern die Teilnehmer die EU-Kommission unter anderem auf, die Wettbewerbsbedingungen zwischen der Seeschifffahrt und dem landgebundenen Güterkraftverkehr zu harmonisieren. Unter Einberechnung von Umweltschutzaspekten könnten Seeverkehre so wirtschaftlich kostengünstiger sein.

Am **Freitag, 30. Juni 2006**, geht es zu Beginn um die **EU-Programme für ländliche Räume, Umwelt und Landwirtschaft**. Hierzu hat die Landesregierung auf Beschluss des Landtages einen umfangreichen Bericht (Drs. 16/826) vorgelegt. Es geht dabei um die Förderung der ländlichen Räume im Rahmen der neuen EU-Förderperiode 2007 bis 2013. Ratspräsidentenschaft, EU-Kommission und EU-Parlament hatten sich im April nach langen Verhandlungen auf die Grunddaten eines neuen Gemeinschaftshaushalts geeinigt. Das Landwirtschaftsministerium verweist darauf, dass der genaue Anteil Deutschlands und Schleswig-Holsteins noch nicht feststeht. Ausgehend von einer Absprache zwischen den Bundesländern geht der Bericht aber von Zuschüssen für das Land in Höhe von 202,8 Millionen Euro aus den verschiedenen EU-Landwirtschaftstöpfen für den Siebenjahres-Zeitraum aus. Das sind nur noch 83 Prozent der Summe, die das Land in der laufenden Förderperiode 2000 bis 2006 erhält (245,1 Millionen). Der Rückgang ist vor allem auf die gesunkenen Zahlungen aus der so genannten Zweiten Säule (Agrarumweltmaßnahmen, ländliche Entwicklung) zurückzuführen. Dieser Betrag sinkt um 48 Prozent auf 124,9 Millionen. Demgegenüber steigen die so genannten Modulationsmittel, also umgeleitete Direktzahlungen an die Landwirte. Ihre Summe erhöht sich schätzungsweise von 13,6 auf 77,9 Millionen. Innerhalb Schleswig-Holsteins soll das Geld, gemeinsam mit Bundes-, Landes- und Kommunalmitteln, in das „Zukunftsprogramm

Schleswig-Holstein“ einfließen, mit dem neben dem ländlichen Raum auch die Wirtschaft, der Arbeitsmarkt sowie die Fischerei unterstützt werden.

Anschließend geht es um die Einrichtung eines **Pflegeportals Schleswig-Holstein** im Internet, das die GRÜNEN bis Ende 2007 eingerichtet haben wollen (Drs. 16/847). Dieser Informationsservice soll die vorhandenen Angebote gebündelt darstellen und eine Bewertung nach Qualitätskriterien wie auch eine Kostenübersicht bereithalten. Vor diesem Hintergrund soll die Landesregierung nach Willen der Oppositionsfraktion bis Oktober über die Erfahrungen mit solchen Informationsportalen in anderen Bundesländern berichten. Pflegeportale Im Internet gibt es bereits in zahlreichen Städten, Kreisen und Gemeinden.

Es folgt die Beratung eines weiteren Antrags der GRÜNEN: Darin fordern sie die **Einführung des Faches Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I** an allen Schulformen (Drs. 16/852). Damit sollen die Schüler nach Auffassung der Oppositionspartei besser auf die Ausübung des Wahlrechts vorbereitet werden, zumal in Schleswig-Holstein bei Kommunalwahlen bereits 16-jährige an die Urne dürfen.

Das Fach Wirtschaft/Politik wird zurzeit an Schleswig-Holsteins Hauptschulen in der 8. und 9. Klasse, an den Realschulen in den Klassen 9 und 10 sowie am Gymnasium in der Oberstufe unterrichtet. Wöchentlich werden zwei bis drei Stunden Unterricht erteilt (als Neben- und Wahlpflichtfach beziehungsweise als Grundkurs). Seit Beginn des Schuljahres 2004/05 ist es zudem möglich, an Gymnasien einen fünf-stündigen WiPo-Leistungskurs zu belegen.

Mit der geplanten **Elbvertiefung** befasst sich der nächste Tagesordnungspunkt. Grundlage ist wiederum ein Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/860). Darin lehnen sie die Elbvertiefung ab und fordern zunächst einmal belastbare Aussagen aus dem Beweissicherungsprogramm, um Informationen zu den Auswirkungen der letzten Elbvertiefung zu erhalten. Hintergrund: Die geplante Vertiefung der Unterelbe zwischen Hamburg und der Nordsee soll neuesten Containerschiffen den Zugang zum Hafen der Hansestadt ermöglichen. Es wäre die siebte Vertiefung seit 1850. Die letzte Elbvertiefung wurde 1999 abgeschlossen.

Um das Thema **Essstörungen** geht es danach im Plenum: Die GRÜNEN fordern bis Ende November eine schriftliches Konzept zur Einrichtung eines „Bündnisses gegen Essstörungen“ für Schleswig-Holstein. In diesem Bündnis sollen Fachkliniken, niedergelassene Ärzte, Therapeuten, Kassenärzte und Versicherungsträger ihre Angebote vernetzen. Zudem soll die Landesregierung durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit insbesondere bei Mädchen und jungen Frauen einem übertriebenen Schlankheitsideal entgegenwirken. (Drs. 16/866)

Die **Fortentwicklung des Bildungswesens im Rahmen der Föderalismusreform** ist Gegenstand der folgenden Debatte. Grundlage ist ein Antrag des SSW (Drs. 16/868) Der SSW spricht sich in der aktuellen Diskussion über die Verabschiedung der Föderalismusreform gegen eine alleinige Länderhoheit in der Bildungspolitik und gegen das geplante so genannte „Kooperationsverbot“ zwischen Bund und Ländern in diesem Bereich aus. Die Partei der dänischen Minderheit befürchtet hierdurch Nachteile für finanzschwache Länder. Die Landesregierung soll insofern dem Re-

formpaket im Bundesrat nur zustimmen, wenn der entsprechende Passus ersatzlos gestrichen wird, fordert der SSW.

In Zweiter Lesung werden anschließend zwei Gesetze abschließend beraten: das **Gesetz zur Einführung von Innovationsbereichen zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (BID - Gesetz)** und das **Gesetz über die Einrichtung von Partnerschaften zur Attraktivierung von City-, Dienstleistungs- und Tourismusbereichen (PACT-Gesetz)**. Die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/819) dazu liegt vor. Mitberaten wird auch ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 16/855). Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die FDP und bei Enthaltung der Grünen, das so genannte PACT-Gesetz der Landesregierung anzunehmen. Durch das Gesetz soll die Wettbewerbsfähigkeit von innerstädtischen Einkaufsquartiere gegenüber der Konkurrenz auf der grünen Wiese gesteigert werden. Die Kommunen sollen künftig auf Initiative von Ladenbesitzern und Gewerbetreibenden PACT-Bereiche einrichten können. Dies beinhaltet gemeinsame Aktivitäten, etwa in den Bereichen Marketing, Standortverschönerungen und Strukturverbesserungen. Die Kosten werden über eine kommunale Sonderabgabe erhoben. Wenn mehr als ein Drittel der Betroffenen dem Plan widerspricht, kommt der PACT nicht zustande. Die Liberalen plädieren in ihrem Änderungsantrag dafür, die Gewerbetreibenden grundsätzlich von der Abgabepflicht zu befreien. Gleichzeitig lehnt der Ausschuss mit schwarz-rot-liberaler Mehrheit einen dem PACT-Gesetz ähnlich gelagerten Entwurf der GRÜNEN für ein so genanntes BID-Gesetz ab.

In Erster Lesung geht es dann im Parlament um einen Gesetzentwurf zur **Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Gesetze** (Drs. 16/821). Die Landesregierung sieht darin verschiedene Schritte zur Modernisierung und „Verschlankung“ des öffentlichen Dienstrechts vor. So soll zukünftig die Weiterbeschäftigung von Beamten über das Renteneintrittsalter hinaus vereinfacht werden. Beamtenrechtliche Entscheidungen sollen künftig grundsätzlich ohne Mitsprache der Aufsichtsbehörde getroffen werden. Entsprechend des neuen Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst, in dem die bisherige Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern aufgehoben wird, schlägt das Innenministerium eine entsprechende Änderung für die Wahl von Personalvertretungen vor. Und: Nicht-EU-Bürger sollen gemäß verschiedener Abkommen auf europäischer Ebene leichter Zugang zum deutschen Beamtenstatus erhalten.

Die Überarbeitung der **Sporthafenverordnung** fordert die FDP-Fraktion in einem Antrag (Drs. 16/873). Sie fordert die Lockerung dieser Verordnung vom September 2005. Insbesondere wehrt sich die Oppositionsfraktion gegen die Vorgaben an Hafenbetreiber, alle drei Jahre Abfallbewirtschaftungspläne aufzustellen und in maximal 30 Meter Entfernung zu jedem Liegeplatz einen ABC-Feuerlöscher anzubringen. Zudem wird die Verpflichtung für Hobby-Kapitäne kritisiert, „spätestens vor dem Auslaufen“ Schiffsabfälle wie Abwasser oder Altöl „in die dafür vorgehaltenen Hafenauffangeinrichtungen zu verbringen“.

Einen mündlichen Bericht der Landesregierung zum Thema **Lebensmittelkontrollen in Schleswig-Holstein** fordern alle Landtagsparteien. Hintergrund: Der Gesundheitliche Verbraucherschutz sieht regelmäßige Lebensmittelkontrollen durch

das Landeslabor vor. Laut dem Regierungsbericht zum Verbraucherschutz, den das Pleum Anfang Juni diskutiert hat (LINK), haben 2004 im Lande insgesamt 29.525 Kontrollbesuche bei Betrieben stattgefunden. 20 Prozent der Proben ergaben Beanstandungen, zumeist in Bezug auf die Hygiene. Mit diesem Wert liegt Schleswig-Holstein etwa im Bundesdurchschnitt.

Anschließend wird ein schriftlicher Bericht der Landesregierung beraten, der über Möglichkeiten der Messung und Begrenzung von **Bürokratiekosten** Auskunft gibt (Drs. 16/774). Auf gut hundert Seiten gibt die Regierung dabei einen Überblick über verschiedene Ansätze und Modelle der Messung und Verringerung von Bürokratiekosten. Einen besonderen Augenmerk haben die Antragssteller auf

das so genannte "Standard-Kosten-Modell" gelegt. Dieses aus den Niederlanden stammende Pilotprojekt hat zum Ziel, den Aufwand bürokratischer Auflagen zu messen und Einsparmöglichkeiten sichtbar zu machen – etwa durch die Streichung von Informationspflichten durch die Nutzung bereits vorhandener Statistiken. Der Bericht kommt zum Schluss, dieser Ansatz könne „einen wirkungsvolles Instrument mit Signalwirkung darstellen um auch in Schleswig-Holstein dazu beizutragen, eine neue Kultur des Regierungshandelns zu schaffen“. Auch über Erfahrungen in anderen Bundesländern, auf Bundesebene und im europäischen Ausland wird der Landtag informiert. Die norddeutschen Länder wollen zudem in Fragen der Deregulierung künftig noch enger zusammenarbeiten.

Weiter geht es mit dem Themenbereich Gesundheitspolitik: Auf Antrag der FDP berichtet die Landesregierung über die **"Integrierte Versorgung"** in Schleswig-Holstein (Drs. 16/827). Der Begriff bezeichnet die Vernetzung zwischen den einzelnen medizinischen Versorgungssektoren. Das bedeutet: Niedergelassene Haus- oder Fachärzte bieten gemeinsam mit stationären Einrichtungen eine medizinische Versorgung "aus einer Hand" an. Sie kooperieren bei der Behandlung ihrer Patienten und teilen sich ein gemeinsames Budget. Laut dem Bericht des Sozialministeriums gab es zum Stichtag 31. März 2006 im Lande 71 solche Kooperationen. 12.500 Versicherte wurden hier behandelt. Zudem wird in drei Kreisen über ein zweijähriges Modellprojekt zur Behandlung von jeweils 200 bis 350 ambulanten geriatrischen Patienten verhandelt. Die ehemalige rot-grüne Landesregierung hatte als Anschubfinanzierung der Integrierten Versorgung 22,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Hiervon wurden bis Ende März gut 19 Millionen in Anspruch genommen. Die Landesregierung setzt sich dem Bericht zufolge für eine Verlängerung dieser Anschubzahlungen bis Anfang 2008 ein.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen berichtet die Landesregierung danach über die Erfahrungen mit dem Test der elektronischen **"Gesundheitskarte Schleswig-Holstein"** in Flensburg (Drs. 16/829). Der Versuch mit der Chipkarte wurde im September 2003 in der Fördestadt mit den ersten 100 Prototypen gestartet. Der Norden des Landes ist eine von insgesamt acht Test-Regionen im Bund. Mittlerweile verfügen mehr als 1.200 Patienten im Raum Flensburg über die Gesundheitskarte.

Auf Initiative der FDP berichtet im Anschluss daran die Landesregierung über die Auswirkungen der Aufstallungspflicht für die heimische **Geflügelwirtschaft** (Drs. 16/831). Der Stallzwang war im März zur Bekämpfung der Vogelgrippe ausgerufen worden, nachdem der Erreger H5N1 Ende Februar erstmals in Schleswig-Holstein

nachgewiesen worden war. Bis zum Stichtag 7. Juni wurden dem Bericht zufolge 4.151 Kadaver untersucht und bei insgesamt 32 Fällen der H5N1-Virus festgestellt. Für bestätigte H5N1-Fälle werden für eine Dauer von 30 Tagen Sperr- und Beobachtungsgebiete eingerichtet. Der Geflügelwirtschaftsverband Schleswig-Holstein beklagt Umsatzeinbußen von zwanzig Prozent für Fleisch seit Ausbruch der Tierseuche.

Letztes Thema der Sitzung ist dann die **Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur**. Es geht um den Rahmenplan für das Haushaltsjahr 2006, den die Regierung dem Landtag vorlegt (Drs. 16/832).

Nach Abarbeitung der Tagesordnung endet die letzte Plenartagung vor der Sommerpause. **Die nächste Sitzung findet vom 13. bis 15. September 2006 statt. Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle im Internet unter www.sh-landtag.de bei plenum online.**

Kiel TV – Offener Kanal überträgt die Plenartagung live im Fernsehen.

Reihenfolge der Beratung der 14. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 28. Juni 2006			
1	Aktuelle Stunde	90	10:00
22	Angebot für SchulabgängerInnen	60	11:30
3	Gesetz zum Medienstaatsvertrag HSH	30	12:30
6	Gesetz über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „Offener Kanal“ – Eine Aussprache ist nicht vorgesehen	-	
52	Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten für das Jahr 2005	60	15:00
43	Barrierefreies Fernsehen	30	16:00
38	Tätigkeit des Petitionsausschusses	10	16:30
25	Teilprivatisierung und Börsengang der HSH Nordbank AG	30	16:40
13	Lage und Entwicklung der schleswig-holsteinischen Steuerverwaltung	30	17:10
5	Gesetz zur Verweigerung der Zulassung von Fahrzeugen	30	17:40
Donnerstag, 29. Juni 2006			
42	Familienpolitik hat hohe Priorität / Familienverträglichkeitsprüfung	60	10:00
47	Vorfahrt für Kinder – Kostenlose Kinderbetreuung umsetzen	60	11:00
7	Gesetz über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften	30	12:00
8	Gesetz über die Errichtung der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“ Eine Aussprache ist nicht vorgesehen	-	12:00
9	Gesetz über die Errichtung der Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“ Eine Aussprache ist nicht vorgesehen	-	12:00
17	Zukunftsprogramm Wirtschaft	30	12:30
30	Potenzial des Jagel Airport	30	15:00
20	Fluglärm in der Umgebung des Hamburg Airport gleichmäßiger verteilen	30	15:30

TOP		angemeldete Redezeit	voraussichtl. Beginn der Beratung
24	Barrierefreies Sport- und Freizeitzentrum in Kappeln	30	16:00
27	Nutzung des EU-Programms Marco Polo II	30	16:30
19	Hartz IV - Fördern und Fordern müssen im Einklang stehen	30	17:00
16	Parlamentsforum Südliche Ostsee	25	17:30
Freitag, 30. Juni 2006			
45	EU-Programme für Ländliche Räume, Umwelt und Landwirtschaft	30	10:00
18	Pflegeportal Schleswig-Holstein	30	10:30
23	Einführung des Faches Wirtschaft und Politik in der Sekundarstufe 1	30	11:00
26	Keine Zustimmung von Schleswig-Holstein zur Elbvertiefung	30	11:30
29	Bündnis gegen Essstörungen	30	12:00
31	Fortentwicklung des Bildungswesens im Rahmen der Föderalismusreform	30	12:30
2	a) Gesetz zur Einführung von Innovationsbereichen zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (BID - Gesetz) b) Gesetz über die Einrichtung von Partnerschaften zur Attraktivierung von City-, Dienstleistungs- und Tourismusbereichen (PACT-Gesetz)	35	15:00
4	Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Gesetze	30	15:35
33	Bürokratie abbauen - Sportboothafenverordnung überarbeiten	30	16:05
34	Lebensmittelkontrollen in Schleswig-Holstein	30	16:35
44	Bürokratiekosten messen und begrenzen	30	17:05
46	Zukunft der integrierten Versorgung	30	17:35
48	Flensburg als Testregion für die Einführung einer Gesundheitskarte	30	18:05
50	Auswirkung des Aufstallungsgebotes auf die Geflügelwirtschaft	30	
51	Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur	30	

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen.

TOP		Bericht- erstattung
10	Umbesetzung in der Parlamentarischen Kontrollkommission des Verfassungsschutzes	-
11	Umbesetzung im Richterwahlausschuss	-
14	Bericht über die 1-Euro-Jobs in Schleswig-Holstein	-
15	Zukunft der Kohle / Energiegewinnung aus Kohle	-
21	Angebot an Studienplätzen	-
28	Schleswig-Holsteinische Unternehmen und Limited	-
32	Baden in der Elbe	-
35	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - § 47 f Gemeindeordnung	5
36	Raumordnungsbericht Küste und Meer 2005	5
37	Bericht zur Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung	5
39	Verfassungsbeschwerde gegen Vorschriften des Rundfunkänderungsstaatsvertrages	5
40	Erhöhung der Pauschalabgabe auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse	5
41	AIDS-Prävention hat Vorrang	5

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

12	"Weg vom Öl" - Auswirkungen eines dauerhaft hohen Ölpreises auf Wirtschaft und Verkehr
49	Früher wahrnehmen - schneller handeln - besser kooperieren - zum Wohle unserer Kinder